

## ÜBERTRAGUNG VON LEISTUNGEN AUF NACHUNTERNEHMEN

Maßnahme/Leistung:

**Lieferung von E-Fahrzeugen (PKW Hochdachkombi)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

anforderungsgemäß übersenden wir Ihnen den Vordruck EV 37, der von Ihnen im Falle der beabsichtigten Weitervergabe von Leistungen an Nachunternehmen auszufüllen, zu unterschreiben und dem Angebot beizufügen ist.

Ferner erhalten Sie den Vordruck EV 38 für die von dem/den Nachunternehmen abzugebenden Erklärungen. Auch die Erklärung(en) der/des Nachunternehmen(s) sind ausgefüllt und unterschrieben dem Angebot beizufügen.

Sofern Sie aus besonderen Gründen nicht in der Lage sein sollten, die für den Einsatz von Nachunternehmen erforderlichen Unterlagen innerhalb der Angebotsfrist zusammen mit dem Antrag vorzulegen, kann Ihnen auf formlosen Antrag die Nachsendung der Unterlagen gestattet werden. In diesem Fall müssen die Unterlagen der Vergabestelle spätestens innerhalb einer Frist von sieben Kalendertagen nach dem festgelegten Submissionstermin vor Zuschlagserteilung vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen

IKT Regio-Netzwerk GmbH & Co. KG

<b>Bieter</b>
<b>Gesamtleistung</b>
<b>Angebot für</b>

Mit dem Angebot sind:

- die Unternehmen zu benennen, deren Fähigkeiten sich der Bieter im Auftragsfall bedienen wird,
- die Nachweise vorzulegen, dass dem Bieter die erforderlichen Mittel dieser Unternehmen zur Verfügung stehen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen,
- geforderte Erklärungen und Referenzen von allen benannten Nachunternehmern vorzulegen.

**Als Nachunternehmen und von ihnen auszuführende Leistungen werden benannt:**

**Unternehmen 1** Name: \_\_\_\_\_

Pos./Leistungsbereich	Beschreibung der Teilleistungen (Art und Umfang)

Die erforderlichen Erklärungen des Nachunternehmens liegen als Nachweis der Eignung zur Ausführung der Leistungen bei (Vordruck EV 38).

**Unternehmen 2** Name: \_\_\_\_\_

Pos./Leistungsbereich	Beschreibung der Teilleistungen (Art und Umfang)

Die erforderlichen Erklärungen des Nachunternehmens liegen als Nachweis der Eignung zur Ausführung der Leistungen bei (Vordruck EV 38).

<p><small>Keine Angaben im nachfolgenden Feld erforderlich, wenn das Feld „Name und Anschrift des Bieters“ dieses Vordrucks (EV37) oben vollständig und zutreffend ausgefüllt wurde; sonst: Angabe des Namens der juristischen Person bzw. des Unternehmens in diesem Feld erforderlich:</small></p>
--

- Ist
- bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Bieter nicht erkennbar
  - ein schriftliches Angebot nicht an vorstehender Stelle unterschrieben oder
  - ein elektronisches Angebot, das signiert/mit elektronischem Siegel versehen werden muss, nicht wie vorgegeben signiert/  
mit elektronischem Siegel versehen

### Erklärung des Nachunternehmens

EV 38

<b>Bieter</b>
<b>Gesamtleistung</b>
<b>Angebot für</b>

<b>Name und Anschrift des Unternehmens</b>
--

Es wird bestätigt, dass ich/wir als vom Bieter benanntes Nachunternehmen für die Ausführung der o.g. Leistungen mit unseren Mitteln und Ressourcen zur Verfügung stehe(n) und bei Auftragserteilung diese Leistungen zu den gleichen Vertragsbedingungen der Ausschreibung erbringen werde(n). Ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Auftraggebers werde(n) wir/ich keine Weitervergabe von Leistungen an andere Nachunternehmen vornehmen.

Darüber hinaus erkläre(n) ich/wir

1. Ich bin/Wir sind

Mitglied der Berufsgenossenschaft	seit	unter Nr.:
-----------------------------------	------	------------

2. Dass das Mindestlohngesetz -MiLoG bzw. der Flächentarifvertrag als vereinbart gilt, d.h. wir den Verpflichtungen aus dem „Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns“- MiLoG nach Kommen, sowie dem § 4 des VGStH.

1.  Ich/Wir sind präqualifiziert  
 der Auftragsberatungsstelle SH e.V.  
PQ-VOL Lizenznummer:  
 Sonstige:

2. Ich/Wir gehöre(n) zu  
 Handwerk  Industrie  Handel  Versorgungsunternehmen  Sonstige

3.  Ich bin/Wir sind bevorzugte(r) Bewerber gemäß beigefügtem Nachweis

4.  Ich bin/Wir sind ein ausländisches Unternehmen  
 EU-Staat  Staat des WTO-Abkommens  anderer Staat

5. Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation

- Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.  
 Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

6. Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zulässigkeit als Bewerber in Frage stellt:

Ich/Wir erklären, dass keine schwere Verfehlung vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt z.B. wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB), wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132a StPO), wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO), Verstoß gegen § 81 Absatz 1 Nummer 1 GWB, rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten zwei Jahre gegen mich/uns oder Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben einschließlich der Überwachung der Geschäftsführung oder der sonstigen Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung wegen:

Terrorismusfinanzierung oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen (§ 89c StGB), Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern (§ 108e StGB), Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr), Bildung krimineller Vereinigungen (§ 129 StGB), Bildung terroristischer Vereinigungen (§ 129a StGB), kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland (§ 129b StGB), Menschenhandel (§§ 232, 233 StGB), Förderung des Menschenhandels (§ 233a StGB), Diebstahl (§ 242 StGB), Unterschlagung (§ 246 StGB), Erpressung (§ 253 StGB), Geldwäsche (§ 261 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Subventionsbetrug (§ 264 StGB), Kreditbetrug (§ 265 b StGB), Untreue (§ 266 StGB), Urkundenfälschung (§ 267 StGB), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), Delikte im Zusammenhange mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB), wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB), Brandstiftung (§ 306 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324 a StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (§ 326 StGB), Vorteilsgewährung (§ 333 StGB), Bestechung (§ 334 StGB), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB die mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde. Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne der genannten Vorschriften stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden bin/sind. Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO bei der Registerbehörde des Wettbewerbsregisters anfordern.

7. Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung  
Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.
8.  Ich/Wir beabsichtige(n), Leistungen an Nachunternehmer zu beauftragen  
Das Formular EV 37-39 „Anschreiben Nachunternehmer“ liegt bei.  
Die Verpflichtungen aus dem „Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns „ (Mindestlohngesetz) – MiLoG, sowie § 4 VGSH, gelten auch für die Nachunternehmer

9. Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

### Erklärung des Nachunternehmens

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass wissentlich falsche Erklärungen meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen in der Regel für die Dauer von drei Jahren zur Folge haben.

**Ich/Wir erkenne(n) an, dass der Auftraggeber vom Vertrag zurücktreten und Schadenersatz verlangen kann, wenn die abgegebenen Eigenerklärungen unrichtig sind.**

Folgende Referenzen liegen als Eignungsnachweis bei:

Keine Angaben im nachfolgenden Feld erforderlich, wenn das Feld „Name und Anschrift des Nachunternehmers“ dieses Vordrucks (EV 38) oben vollständig und zutreffend ausgefüllt wurde; sonst: Angabe des Namens der juristischen Person bzw. des Unternehmens in diesem Feld erforderlich:

Ist

- bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Nachunternehmer nicht erkennbar
  - ein schriftliches Angebot nicht an vorstehender Stelle unterschrieben oder
  - ein elektronisches Angebot, das signiert/mit elektronischem Siegel versehen werden muss, nicht wie vorgegeben signiert/  
mit elektronischem Siegel versehen
- wird das Angebot ausgeschlossen.